

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Heike Hänsel, Jan van Aken, Wolfgang Gehrcke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/1509 –**

Lage der demokratischen und rechtsstaatlichen Strukturen sowie der Menschenrechte in Afghanistan

Vorbemerkung der Fragesteller

Seit 2002 hat die internationale Staatengemeinschaft eine afghanische Regierung unterstützt, welche demokratische Gesetze, rechtsstaatliche Strukturen und menschenrechtliche Standards zwar beschließt. In der Praxis aber werden diese Kriterien in großem Maßstab verletzt. Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen mahnen seit langem an, dass die demokratischen Grundrechte, insbesondere Frauen- und Presserechte, endlich durchgesetzt, die demokratische Teilhabe ermöglicht und das zivilgesellschaftliche Engagement zur Veränderung von politischen Strukturen stärker unterstützt und in Entscheidungsprozesse eingebunden werden müssen.

Der Staatsaufbau, einer der wesentlichen Legitimationsgründe für den Einsatz des internationalen ISAF-Mandats (ISAF: International Security Assistance Force – Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe), ist gescheitert. Das politische und öffentliche Leben in Afghanistan ist von Korruption durchdrungen. Eines der größten Defizite der Karsai-Regierung ist es, eine große Zahl an Warlords in politische- und Regierungsämter eingebunden zu haben, welche an schwersten Menschenrechtsverbrechen in den 80er- und 90er-Jahren beteiligt waren. Menschenrechtsorganisationen fordern daher von der Bundesregierung, dass sie die afghanische Regierung darauf drängen muss, das Amnestiegesetz, mit dem sich Kriegsverbrecher 2005 selbst jeder Strafverfolgung entzogen haben, zurückzunehmen.

Die jüngsten Präsidentschaftswahlen 2009 waren von schweren Vorwürfen wegen Wahlfälschungen, Manipulationen und Stimmenkauf begleitet. Die demokratische Legitimation der Regierung wird zusätzlich infrage gestellt, dass die Wahlkommission im Oktober 2009 beschloss, dass der amtierende Präsident Hamid Karsai ohne Stichwahl zum Sieger erklärt wurde, nachdem sich sein Konkurrent Abdullah Abdullah zurückgezogen hatte. Viele unabhängige Beobachter sprechen diesen Wahlen und damit der Karsai-Regierung ihre Legitimation ab, was ein sehr negatives Signal an die afghanische Zivilgesellschaft aussendet.

Seit kurzem bietet Präsident Hamid Karsais Dekret vom 13. Februar 2010 zur Änderung des Wahlgesetzes Konfliktstoff. Der Präsident erhält das Recht, alle relevanten Institutionen zu ernennen, neben der sogenannten unabhängigen Wahlkommission IEC nun insbesondere die Wahlbeschwerdekommision ECC. Kritische Experten befürchten mit dieser „Afghanisierung“ der ECC eine intransparente Parlamentswahl am 18. September 2010 und ein hohes Risiko von erneuten systematischen Wahlfälschungen.

Für engagierte und kritische Mitglieder der Zivilgesellschaft in Afghanistan, die aufgrund ihres Einsatzes für Freiheits- und Menschenrechte bedroht werden, bestehen nach wie vor keine effektiven und wirksamen Schutzmechanismen. Menschenrechtsorganisationen zeichnen ein düsteres Bild von der Lage afghanischer Menschenrechtsverteidigerinnen und kritischer Journalisten.

Beklagt werden Rechtsverletzungen im Justizsystem, eine frauenfeindliche Gesetzgebung, zu der nicht zuletzt das die Frauen diskriminierende Ehegesetz gehört, gegen das international protestiert wurde und welches mit nur einigen Veränderungen 2009 doch verabschiedet wurde.

Zu den Ansprechpartnern der Bundesregierung in Afghanistan gehören nicht wenige Persönlichkeiten, welchen vorgeworfen wird, in der Vergangenheit an Kriegsverbrechen beteiligt gewesen zu sein und teilweise noch immer kriminelle Machenschaften zu verfolgen. Mohammad Omar, der Gouverneur von Kundus und einer der Führer der Nordallianz, gilt als wichtiger Kooperationspartner der Bundeswehr. Ihm wird von der Bevölkerung vorgeworfen, dass er ein früherer Kriegsfürst mit krimineller Vergangenheit ist und in der Gegenwart mit Korruption, Willkür und Gewalt regiert. Mohammad Omar war Befehlshaber von Abdul Rasul Sayyafs Ittehad-e Islami, einer brutalen fundamentalistischen Gruppierung, dessen Namensgeber und Leiter momentan Abgeordneter des afghanischen Parlaments ist.

Im September 2008 besuchte Haji Mohammad Mohaqeq, ein früherer Bürgerkriegskommandant, auf Einladung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) den Deutschen Bundestag. Haji Mohammad Mohaqeq wird vorgeworfen, in den 90er-Jahren Enthauptungen und verschiedene brutale Foltermethoden angeordnet zu haben. Heute gilt er als „strategisch wichtiger Gesprächspartner“ für das BMZ.

1. Mit welchen demokratischen Kräften kooperiert die Bundesregierung in Afghanistan (bitte namentlich auflisten nach Regierungsvertretern und Parlamentarierinnen und Parlamentariern sowie außerparlamentarischen Kräften, Nichtregierungsorganisationen, Opposition, Studentengruppen und Frauenorganisationen)?

Die Mitglieder der Bundesregierung führen bei ihren Besuchen in Afghanistan regelmäßig politische Gespräche mit Staatspräsident Hamid Karzai und Mitgliedern des afghanischen Kabinetts. Darüber hinaus steht die Bundesregierung über die Deutsche Botschaft Kabul und über die Außenstellen der Botschaft Kabul mit Vertretern aller auf dem Boden der afghanischen Verfassung stehenden politischen und gesellschaftlichen Kräfte in Kontakt. Vertreter der Botschaft und der Außenstellen pflegen einen regelmäßigen Austausch mit den Mitgliedern des Parlaments und anderen staatlichen Stellen wie dem Obersten Gericht, der Afghanischen Unabhängigen Menschenrechtskommission und der Unabhängigen Wahlkommission. Die Außenstellen der Botschaft in Masar-e Sharif, Kundus, Faisabad und Taloqan unterhalten zudem Kontakte zu den jeweiligen Provinzverwaltungen und Provinzräten.

Im Rahmen der – unter anderem durch die Sicherheitslage in Afghanistan begrenzten – Möglichkeiten stehen Botschaft und Außenstellen zudem mit verschiedenen Organisationen der Zivilgesellschaft und Menschenrechtsverteidigern, aber auch Stammesältesten und religiösen Führern in einem kontinuier-

lichen Dialog. Neben bilateralen Kontakten nutzt die Botschaft dazu auch Gesprächsforen im Rahmen der Europäischen Union und der Vereinten Nationen.

2. Mit welchen „traditionellen Repräsentanten“ arbeitet die Bundesregierung, um die staatliche Entwicklungshilfe gezielter und wirksamer auszurichten?

Aufbauend auf den bisherigen guten Erfahrungen beabsichtigt die Bundesregierung, das deutsche Engagement in Zukunft noch stärker mit lokalen Entscheidungsträgern auf Provinz- und Distriktebene abzustimmen. Ziel ist dabei, die zur Erbringung von Basisdienstleistungen erforderlichen Kapazitäten zu schaffen und die Zusammenarbeit zwischen Provinz- und Distriktverwaltung sowie den einzelnen Gemeinden zu verbessern. Die Bundesregierung wird dabei die auf Gemeinde- und Distriktebene etablierten traditionellen Strukturen (z. B. Schuren, Ältestenräte, geistliche Würdenträger) sowie die Gemeinde- und Distriktentwicklungsräte noch intensiver in die Projektidentifizierung und Durchführung einbeziehen. Gleichzeitig wird eine noch engere Abstimmung mit den maßgeblichen afghanischen Stellen auf Provinzebene (Provinzentwicklungsrat, Sektorabteilungen) erfolgen.

3. Inwiefern unterhält die Bundesregierung Verbindungen zu Mohammad Omar?

Die Bundesregierung steht mit Mohammad Omar in seiner Funktion als Gouverneur der Provinz Kundus in regelmäßigem Kontakt.

4. Hat die Bundesregierung davon Kenntnis, dass der Gouverneur von Kundus in der Bevölkerung wegen seiner Kriegsverbrechen gefürchtet ist?

Der Bundesregierung liegen keine Informationen vor, die ein solches Meinungsbild der Bevölkerung bestätigen könnten.

5. Wie schätzt die Bundesregierung den Gouverneur von Kundus ein?

Im Rahmen des Mandats der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (ISAF) führt Deutschland das Regionale Wiederaufbauteam in Kundus, unter anderem mit dem Ziel, dort die staatlichen Strukturen wiederaufzubauen. Dabei ist der Gouverneur ein zentraler Ansprechpartner. Gouverneur Mohammad Omar wurde im Einklang mit der afghanischen Verfassung ernannt. Die Bundesregierung respektiert diese Entscheidung als Ausdruck afghanischer Souveränität.

6. Wie beurteilt es die Bundesregierung, dass der Gouverneur nach dem Anschlag auf zwei Tanklastwagen in Kundus am 4. September 2009 davon sprach, dass hauptsächlich Taliban getötet wurden, obwohl sich nach genauerer Prüfung herausstellte, dass nur einzelne Taliban, dafür aber 142 Zivilisten unter den Opfern waren?

Die Bundesregierung hat keine Kenntnisse zu den Informationen, die dem Gouverneur Mohammad Omar am 4. September 2009 zum Luftschlag auf die zwei Tanklastwagen vorlagen, und ihn dazu veranlassten, diese Bewertung abzugeben.

7. Wie bewertet die Bundesregierung ihre Zusammenarbeit mit Mohammad Omar angesichts der gegen ihn vorgetragenen Vorwürfe?

Auf die Antwort zu Frage 5 wird verwiesen.

8. In welcher Höhe beteiligt sich die Bundesregierung an der finanziellen Unterstützung von Mohammad Omar?

Gouverneur Mohammad Omar wird von der Bundesregierung finanziell nicht unterstützt. Das Auswärtige Amt hat aus Mitteln des Stabilitätspakts Afghanistan lediglich den Bau von Schutzeinrichtungen um den Gouverneurssitz in Kundus mit rund 45 000 Euro gefördert. Dem lag die Erwägung zugrunde, dass regierungsfeindliche Kräfte ihre Anschläge häufig gegen Repräsentanten der Zentralregierung richten, um diese zu destabilisieren. Ende Mai 2009 wurde ein Anschlag auf den Gouverneur von Kundus verübt, bei dem dieser verletzt wurde. Daraufhin wurden seitens der Provinzregierung zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen beschlossen, so u. a. die Errichtung einer umfassenden Schutzmauer um den Gouverneurssitz. Von dieser Mauer profitieren neben dem Gouverneur selbst auch weitere Mitarbeiter der Provinzregierung.

9. Sind Einladungen zu Besuchen in Deutschland erfolgt?

Ein Besuch von Gouverneur Mohammad Omar in der Bundesrepublik Deutschland war auf Einladung der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in Berlin im Rahmen einer Rundreise, die auch nach Brüssel und Paris führen sollte, für Dezember 2008 geplant. Der Besuch kam jedoch nicht zustande, ein Visum wurde nicht ausgestellt.

10. Wie bewertet die Bundesregierung die Änderung des Wahlgesetzes vom 13. Februar 2010 und die damit verbundene Befürchtung erneuter systematischer Wahlfälschungen bei den im September 2010 anstehenden Parlamentswahlen?

Das Wahlgesetz ist eine entscheidende Grundlage des Wahlprozesses. Eine abschließende Bewertung der Änderungen am Wahlgesetz von 2005 ist zu diesem Zeitpunkt nicht möglich, da nach wie vor zwischen Staatspräsident Hamid Karzai und dem Unterhaus des Parlaments umstritten ist, welches Wahlrecht gelten wird. Das Unterhaus hat eine Änderung des Wahlrechts abgelehnt und besteht darauf, die Parlamentswahlen nach dem Wahlgesetz von 2005 durchzuführen. Der Präsident hält an den Änderungen fest.

11. Ist nach Auffassung der Bundesregierung unter diesen Umständen die Glaubwürdigkeit der Parlamentswahlen zu erwarten?

Der afghanische Gesetzgebungsprozess mit Bezug auf das Wahlgesetz ist eine innerafghanische Angelegenheit. Ob die afghanische Bevölkerung die Wahlen für glaubwürdig hält, hängt nicht zuletzt davon ab, wie die rechtlichen Grundlagen aussehen und ob die Kandidaten die afghanische Bevölkerung überzeugen können. Beide Fragen können nicht von der Bundesregierung beantwortet werden.

Die internationale Gemeinschaft, und damit auch die Bundesregierung, setzt sich in direkten Gesprächen mit afghanischen Akteuren für demokratische, transparente und faire Parlamentswahlen ein.

12. Vertritt die Bundesregierung die Einschätzung, dass angesichts des hohen Manipulationsrisikos die internationale Finanzierung der Wahlen noch zu rechtfertigen ist?

Die internationale Gemeinschaft, und damit auch die Bundesregierung, legt ein besonderes Augenmerk darauf, dass die den Wahlprozess überwachenden Institutionen über eine ausreichende Finanzierung verfügen und funktionsfähig sind. Somit tragen internationale Finanzbeiträge dazu bei, das Manipulationsrisiko zu verringern. Insbesondere einheimische Wahlbeobachtung oder Maßnahmen zur Sicherung der Meinungs- und Pressefreiheit wären sonst kaum gewährleistet.

13. Ist nach Meinung der Bundesregierung die Entsendung einer EU-Wahlbeobachtungsmision noch zu vertreten?

Wahlbeobachtermissionen tragen dazu bei, das Manipulationsrisiko zu reduzieren und erhöhen somit die Glaubwürdigkeit des Wahlprozesses. Die Präsenz von Wahlbeobachtermissionen ist insbesondere dann wichtig, wenn es sich um Wahlen in jungen Demokratien handelt und Unregelmäßigkeiten erwartet werden. Daher setzt sich die Bundesregierung auch diesmal für die Entsendung einer EU-Wahlbeobachtermission ein.

14. Wie bewertet die Bundesregierung, dass angesichts fehlender formaler Funktion von politischen Parteien das Korruptionsrisiko infolge von „Kauf“ von Abgeordneten unter den Bedingungen des geänderten Wahlgesetzes noch steigt?

Da die Entscheidung über das Wahlgesetz noch nicht gefallen ist, gibt es seitens der Bundesregierung keine endgültige Bewertung der Auswirkungen eines geänderten Wahlgesetzes.

15. Inwiefern sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf in Bezug auf die fehlerhaften und unvollständigen Wählerlisten?

Die Bundesregierung hält die fehlerhaften Wählerlisten für eine Schwachstelle der letzten Wahlen. Daher teilt die Bundesregierung die Einschätzung des neuen Leiters der Wahlkommission (IEC), Ahmad Fazel Manawi, dass die afghanische Regierung langfristig ein brauchbares Wählerregister auf Basis eines landesweiten Personenregisters erarbeiten muss. Die Entscheidung über die Schaffung eines allgemeinen Personenstands- und Meldewesens kann nur die afghanische Regierung treffen. Derzeit ist eine Registrierung aufgrund der prekären Sicherheitslage in Teilen des Landes schwierig zu realisieren. Die internationale Gemeinschaft ist sich jedoch einig, etwaige Bemühungen der afghanischen Regierung zu unterstützen.

16. Wie begründet es die Bundesregierung, dass Haji Mohammad Mohaqeq als „strategisch wichtiger Gesprächspartner“ für das BMZ gilt?

Haji Mohammad Mohaqeq ist kein strategisch wichtiger Gesprächspartner für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

17. Unterhält die neue Bundesregierung weiterhin Beziehungen zu Haji Mohammad Mohaqeq?

Wenn ja, in welcher Form?

Bislang hat kein Mitglied der neuen Bundesregierung Gespräche mit Haji Mohammad Mohaqeq geführt.

18. Plant die Bundesregierung, die afghanische Regierung darauf zu drängen, das Amnestiegesetz von 2005, mit dem sich Kriegsverbrecher im Parlament selbst jeder Strafverfolgung entzogen haben, zurückzunehmen?

Wenn nein, welche Gründe führt die Bundesregierung an?

Die Haltung der Bundesregierung zur Straffreiheit für Kriegsverbrecher ist unverändert. Die Vertreter der Bundesregierung haben in bilateralen Gesprächen mit afghanischen Partnern wiederholt die Zurücknahme des Gesetzes gefordert, ebenso wie die Vereinten Nationen, die sich am 25. März 2010 öffentlich für die Aufhebung eingesetzt haben. Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Zur Menschenrechtslage und zu den zivilen Opfern in Afghanistan“ (Bundestagsdrucksache 16/10804 vom 6. November 2008) verwiesen.

19. Ist es ein Anliegen der Bundesregierung, sich gegenüber der afghanischen Regierung dafür einzusetzen, dass das Gesetz zur Eliminierung von Gewalt gegen Frauen endlich umgesetzt wird?

Wenn nein, wie begründet sie ihre Ablehnung?

Die Umsetzung von Frauenrechten in Afghanistan ist der Bundesregierung ein wichtiges Anliegen. Der Bundesregierung hat sich mit ihren europäischen Partnern wiederholt für die Umsetzung des Gesetzes zur Eliminierung von Gewalt gegen Frauen (EVAW) eingesetzt.

20. Welche Kenntnisse gibt es über die relevanten Ministerien in Kabul hinsichtlich Unterschlagung, Zweckentfremdung deutscher Gelder?

Der Bundesregierung ist nicht bekannt, dass es zu Unterschlagung oder Zweckentfremdung deutscher Gelder durch afghanische Ministerien gekommen wäre.

21. Verfügt die Bundesregierung über Informationen bezüglich sogenannter Schutzgelder an die Taliban und Warlords im Kontext des zivilen Wiederaufbaus?

Belastbare generelle Informationen zu Schutzgeldern an Taliban oder sogenannte Warlords im Kontext des zivilen Wiederaufbaus in Afghanistan liegen der Bundesregierung nicht vor. Die Bundesregierung zahlt keine Schutzgelder an die Taliban oder sogenannte Warlords.

22. Wie beurteilt die Bundesregierung die Lage von Frauen- und Menschenrechtsaktivisten in Afghanistan?

Die Menschenrechtslage in Afghanistan bleibt schwierig. Frauen- und Menschenrechtsaktivisten werden häufig unter Druck gesetzt und in ihrer Arbeit behindert. Die Aktionen gehen meist von lokalen Machteliten aus. Dreh- und Angelpunkt

der Menschenrechtsarbeit bleibt die Unabhängige Menschenrechtskommission Afghanistans (Afghan Independent Human Rights Commission/AIHRC), die Verfassungsrang hat. Ihr Mandat umfasst die Überwachung, die Förderung und den Schutz von Menschenrechten. Sie nimmt Individualbeschwerden an, kann Fälle von Menschenrechtsverletzungen an die Justiz weitergeben und bei der Verteidigung der Rechte von Beschwerdeführern Unterstützung leisten. Die auch von der Bundesregierung unterstützte AIHRC genießt innerhalb der Bevölkerung hohe Glaubwürdigkeit, und ihr ist es gelungen, ihre landesweite Tätigkeit, trotz Anfeindungen durch „Warlords“ und lokale Machthaber, auszuüben. Ergänzend wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Zur Menschenrechtslage und zu den zivilen Opfern in Afghanistan“ (Bundestagsdrucksache 16/10804 vom 6. November 2008) verwiesen.

23. Wie hat sich die Bundesregierung zum Fall des kritischen Journalisten Sayed Perwiz Kambakhsh verhalten, der wegen des Downloads eines islamkritischen Textes 2008 von einem Gelehrtengericht mit der Todesstrafe verurteilt wurde, welche 2009 in eine 20-jährige Gefängnisstrafe umgewandelt wurde?

Die Bundesregierung hat sich gemeinsam mit EU-Partnern und Vertretern der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan (UNAMA) kontinuierlich und energisch für die Freilassung von Sayed Perwiz Kambakhsh eingesetzt. Im Übrigen wird auf die Antworten der Bundesregierung auf die schriftlichen Anfragen der Mitglieder des Deutschen Bundestages Burkhardt Müller-Sönksen (Bundestagsdrucksache 16/12356 vom 20. März 2009) und Dr. Norman Paech (Bundestagsdrucksache 16/12549 vom 3. April 2009) vom März 2009 verwiesen.

24. Im September 2009 ließ Präsident Hamid Karsai den Inhaftierten im Rahmen einer Amnestie frei und außer Landes fliegen. Sind der Bundesregierung die Umstände dieser Exilierung bekannt?

Die Journalisten Sayed Yaqub Ibrahimi und Sayed Parvez Kaambakhsh sind mittlerweile außer Landes. Die genauen Umstände der Ausreise sind der Bundesregierung nicht bekannt.

25. Hat die Bundesregierung Kontakt zu Sayed Perwiz Kambakhsh und seinem Bruder, Yaqub Ibrahimi Kambakhsh, die unter Morddrohungen leiden?

Seit ihrer Ausreise sind weder Sayed Parwiz Kambakhsh noch Yaqub Ibrahimi Kambakhsh an die Bundesregierung herangetreten.

26. Ist der Bundesregierung bekannt, ob gewährleistet ist, dass Sayed Perwiz Kambakhsh wieder in sein Heimatland zurückkehren darf?

Laut Artikel 39 der afghanischen Verfassung hat jeder afghanische Staatsbürger das Recht, nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen ins Ausland zu reisen und nach Afghanistan zurückzukehren. Damit ist eine Rückkehr zumindest rechtlich gewährleistet. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 24 verwiesen.

27. Plant die Bundesregierung, zukünftig die Vergabe von finanziellen Mitteln für die afghanische Regierung an die Umsetzung von menschenrechtlichen Standards zu binden?

Die Anstrengungen der afghanischen Regierung zum Schutz der Menschenrechte fließen in die Planungen der Bundesregierung zu Volumina, Zielsetzungen und Modalitäten der zivilen Hilfe ein.

28. Hält die Bundesregierung Kontakt zum drittplatzierten bei der Präsidentschaftswahl 2009, Dr. Ramazan Bashardost, der bei der Bevölkerung wegen seiner Kritik an der Regierung und den Warlords äußerst beliebt ist?

Ist eine Einladung an Dr. Ramazan Bashardost als Vertreter der demokratischen und friedlichen Opposition geplant?

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen. Reisen von Dr. Ramazan Bashardost im Rahmen des Gäste- oder Besucherprogramms der Bundesregierung sind derzeit nicht geplant.

29. Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages betreibt das Parlamentarierschutznetzwerk „Parlamentarier schützen Parlamentarier“, in dem auch die kritische und illegal suspendierte Politikerin Malalai Joya aufgenommen wurde. Welche konkreten Schutzfunktionen bietet die Bundesregierung der Parlamentarierin Malalai Joya?

Durch die Aktion „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ haben sich die Abgeordneten des Deutschen Bundestages verpflichtet, Kolleginnen und Kollegen im Ausland beizustehen, die wegen ihres Einsatzes für die Menschenrechte bedroht sind oder an der Ausübung ihres Mandats gehindert werden.

Die Bundesregierung fördert die Arbeit von Menschenrechtsaktivisten weltweit und setzt sich insbesondere für ihren verbesserten Schutz und die umfassende Anerkennung ihrer Tätigkeit als wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung ihrer Heimatländer ein. Die Bundesregierung verfolgt laufend weltweite Meldungen über das Schicksal von Menschenrechtsverteidigern. Sie setzt sich in einer Vielzahl von Einzelfällen ein, etwa im Kontext informeller bilateraler Dialoge mit anderen Regierungen oder durch förmliche politische Demarchen. Die deutschen Auslandsvertretungen halten ständigen Kontakt zu ihnen bekannten Menschenrechtsverteidigern und berichten regelmäßig über deren Situation. Angehörige deutscher Auslandsvertretungen nehmen beobachtend an Gerichtsverhandlungen sowie an Veranstaltungen von Menschenrechtsorganisationen teil. In das Engagement der Bundesregierung ist grundsätzlich auch die suspendierte Parlamentarierin Malalai Joya einbezogen.

30. Hat die Bundesregierung Kontakt zu Malalai Joya aufgenommen?

Die Bundesregierung ist bestrebt, einen engen Austausch mit Parlamentariern zu halten. Die Deutsche Botschaft Kabul hat auch Kontakt zu Malalai Joya aufgenommen.

31. Inwiefern gewährleistet die Bundesregierung über das Schutzprogramm, dass der suspendierten Abgeordneten ihre politischen und sozialen Rechte eingeräumt werden?

Die Bundesregierung setzt sich weltweit für den Schutz von Menschenrechtsverteidigern ein. Insofern wird auf die Antwort zu Frage 29 verwiesen. Die Bundesregierung kann jedoch nicht in jedem Einzelfall gewährleisten, dass einer bestimmten Person in ihrem Heimatland bestimmte Rechte eingeräumt werden.

32. Hat die Bundesregierung davon Kenntnis, dass Malalai Joyas Name sich auf einer Liste der afghanischen Regierung derjenigen Personen befindet, welche nicht die Erlaubnis zur Ausreise haben?

Laut afghanischer Verfassung ist die Reisefreiheit und die ungehinderte Einreise nach Afghanistan ein Grundrecht jedes afghanischen Staatsbürgers. Der Bundesregierung ist nicht bekannt, dass die afghanische Regierung Malalai Joya die Ausreise verwehrt. Nach Kenntnis der Bundesregierung hat Malalai Joya beispielsweise noch im Oktober und November 2009 ein Buch in den Vereinigten Staaten von Amerika vorgestellt.

33. Was unternimmt die Bundesregierung, um die Bewegungs- und Reisefreiheit von Malalai Joya zu gewährleisten?

Auf die Antwort zu Frage 32 wird verwiesen.

34. Wenn sie gegenwärtig in diesem Fall nicht aktiv ist, plant die Bundesregierung zukünftig, sich für die Reisefreiheit von Malalai Joya einzusetzen?

Welche Maßnahmen wird sie unternehmen?

Auf die Antwort zu Frage 32 wird verwiesen.

